

# Hamburgs Olympia-Referendum

Unterrichtseinheit zur Bewerbung Hamburgs  
um die Olympischen Sommerspiele 2024

02 / Lehrerblatt

## Vorbemerkungen zur Unterrichtseinheit

**D**ie Unterrichtseinheit thematisiert die Einführung eines Bürgerschafts-Referendums in Hamburg aus Anlass einer von Senat und Bürgerschaft gewünschten Befragung der Bevölkerung zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028. Behandelt werden auch allgemeine Fragen zu Referenden und Volksentscheiden als Elemente direkter Demokratie. Die Debatte um das Hamburger Referendum, insbesondere auch die Kritik, veranschaulicht viele dieser Aspekte. Ziel der Einheit ist es, dass die Schülerinnen und Schüler zentrale Themen der direkten Demokratie kennenlernen und kritisch reflektieren.

Zu einer ausführlicheren und grundlegenderen Auseinandersetzung mit Fragen der (direkten) Demokratie sind in den Unterlagen zu „Protest & Beteiligung“ weitere Hinweise enthalten. Diese Unterrichtseinheit knüpft an die Einheit O1 an, die auf die inhaltliche Kontroverse um die geplante Olympiabewerbung fokussiert.

### Ablauf der Unterrichtseinheit:

1. Kenntnisnahme der Texte 1 bis 3 und Diskussion offener Fragen im Plenum

---

2. Bearbeitung der Aufgaben 2 und 3 in Kleingruppen

---

3. Vorstellung und Diskussion der Plakate im Plenum

---

## Hintergrund zum Hamburger Bürgerschafts-Referendum

Nach den Erfahrungen mit den Protesten gegen die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018 und 2022 sowie angesichts einer insgesamt erhöhten Nachfrage nach Partizipation und direkter Demokratie war eine mögliche Hamburger Olympiabewerbung von vornherein von der Zustimmung des Volkes abhängig gemacht worden. Schon bevor der Deutsche Olympische Sportbund im März 2015 der Hansestadt den Vorzug vor Berlin gab, wurden unterschiedliche Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert, weil die Landesverfassung Hamburgs bis dahin kein geeignetes Instrument vorsah. Strittig war in der Debatte insbesondere, ob eine Sonderregelung für Olympia oder die allgemeine Einführung von Referenden vorgenommen werden sollte. Dabei ging es auch darum, eine Lösung zu finden, die eine nachträgliche Anfechtung des Abstimmungsergebnisses bzw. die Möglichkeit eines erneuten Volksentscheids unterbinden sollte.

Letztlich beschloss die Bürgerschaft am 28. Mai 2015 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD die Verankerung von Referenden in der Verfassung sowie ein entsprechendes Durchführungsgesetz. Kritiker, allen voran der in der jüngeren Vergangenheit mit zahlreichen Änderungsvorschlägen zum Wahlrecht und zur direkten Demokratie erfolgreiche Verein „Mehr Demokratie“, sehen in der neuen Regelung jedoch die Möglichkeit, mit von Senat und Bürgerschaft ausgelösten Referenden zukünftig „von unten“ initiierte Volksentscheide auszubremsen; derlei Einwände wies beispielsweise die SPD als „Verschwörungstheorie“ zurück. Konkret zum Olympia-Referendum kritisieren „Mehr Demokratie“ sowie Olympia-Gegner den frühen Zeitpunkt der Abstimmung insbesondere aufgrund der noch nicht vorliegenden Kostenplanung für Olympia. Grundsätzlich begrüßen indes alle Bürgerschaftsfraktionen und die Kritiker der nun gültigen Regelung die Einführung von Referenden.

„Mehr Demokratie“ und andere Initiativen brachten unmittelbar vor der Verfassungsänderung zwei Volksinitiativen („Rettet den Volksentscheid“ und „Lex Olympia“) auf den Weg, die sich gegen das Bürgerschafts-Referendum in seiner jetzigen Form richten, aber zur Frage, ob Hamburg sich um Olympia bewerben soll, keine Aussage treffen. Außerdem läuft die Volksinitiative „Stop Olympia Hamburg“ mit dem Ziel, in der Informationsbroschüre zum Referendum eine eigene Stellungnahme veröffentlichen zu dürfen.

## Hinweise zu den einzelnen Aufgaben

Zu den in der Aufgabenstellung genannten Diskussionsfragen sind die unten aufgeführten Aspekte von besonderer Bedeutung:

### 1) Lesen Sie die Texte zu Volksentscheid und Bürgerschaftsreferendum in Hamburg (Texte 1 bis 3). Machen Sie sich Notizen zu den folgenden Fragen.

➔ Diese Aufgabe lässt sich anhand der Quellenangaben im Textmaterial auch als Rechercheaufgabe variieren.

#### a) Worin unterscheiden sich Volksentscheid und Bürgerschafts-Referendum?

➔ Wesentliche Unterschiede betreffen den Initiator (Volk versus Senat/Bürgerschaft), den Prozess (dreistufiges Verfahren Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid versus Senatsvorschlag und Bürgerschaftsabstimmung) und die Motivation (Volksentscheid: meist Korrektur von Parlamentsentscheidungen; Referendum: Befragung des Volkes, Legitimation).

#### b) Warum ist das Quorum bei Volksentscheiden und Referenden davon abhängig, ob zeitgleich mit der Abstimmung eine Bürgerschafts- oder Bundestagswahl stattfindet oder nicht?

➔ Höhere Wahlbeteiligung bei Kombination von Abstimmungen; allgemein ist zu beachten, dass das Quorum in beiden Fällen zum Schutz vor Missbrauch des Instruments und vor der Durchsetzung von Minderheitenmeinungen dient.

#### c) Die Frage, über die bei einem Referendum abzustimmen ist, soll eindeutig und neutral formuliert sein. Ist dies Ihres Erachtens beim Bürgerschafts-Referendum zur Olympia-Bewerbung („Ich bin dafür, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewirbt“) gewährleistet?

➔ „Ich bin dafür“ könnte – je nach Sichtweise – als positive Formulierung gewertet werden; es handelt sich nicht um eine „echte“ Frage, sondern um eine Aussage; Es existieren Studien, nach denen unentschlossene Wähler/innen eher dazu neigen, mit „Ja“ zu antworten; andererseits würde die umgekehrte Formulierung „Ich bin dagegen“ eine doppelte Negation erzeugen (Olympia-Befürworter müssten „Nein“ ankreuzen); abgesehen von dem Streitfall „Ich bin dafür“ enthält die Fragestellung keine Wertungen (wie es etwa der Fall wäre bei „Ich bin dafür, dass die Stadt Hamburg die einmalige Chance nutzt, sich um die Olympischen Spiele zu bewerben und zur Metropole mit Weltruf aufzusteigen“).

### 2) Die Einführung des Bürgerschafts-Referendums in der nun beschlossenen Form wird insbesondere vom Verein „Mehr Demokratie“ kritisiert. Lesen Sie die Texte 4 bis 6 und diskutieren Sie anschließend in Ihrer Gruppe die folgenden Fragen und halten Sie die geäußerten Argumente stichpunktartig fest:

#### a) Im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung gibt es drei Volksinitiativen. Was ist der Unterschied zwischen „Rettet den Volksentscheid“ und „Lex Olympia“ auf der einen sowie „Stop Olympia Hamburg“ auf der anderen Seite?

➔ Es handelt sich hier nur um eine Verständnisfrage, die noch einmal die Trennung der Verfahrenskritik („Rettet den Volksentscheid“, „Lex Olympia“) von der inhaltlichen Kritik („Stop Olympia Hamburg“) betonen soll.

#### b) Was genau sind die Kritikpunkte von „Mehr Demokratie“, die Manfred Brandt im Zeit-Interview äußert, am Bürgerschafts-Referendum?

➔ Übereilte Einführung des Instruments; keine Möglichkeit für Alternativvorschläge durch Bürger; „Ausbremsen“ von Volksinitiativen; Spielräume in der Verfassung; Zeitpunkt für die Abstimmung zu früh.

1 Zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit Referenden siehe neben den Hinweisen in unseren Lehrerinformationen zu „Protest & Beteiligung“ auch: Merkel, Wolfgang (2014): Direkte Demokratie. Referenden aus demokratietheoretischer und sozialdemokratischer Sicht. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10581.pdf>. Ferner hat das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Unterrichtsmaterialien zur Volksgesetzgebung in Hamburg herausgegeben. Online verfügbar unter <http://li.hamburg.de/publikationen-2015/4606218/volksgesetzgebung/>

c) Wäre ein späteres oder ein zweites Referendum zu Details der Olympia-Bewerbung Ihres Erachtens sinnvoll? Berücksichtigen Sie dabei den vom IOC vorgegebenen Zeitplan für die Bewerbung und die durch eine Olympiabewerbung entstehenden Kosten (in Hamburg voraussichtlich 70 Millionen Euro).

➔ *Mögliche Argumente pro späterer Zeitpunkt/zweite Abstimmung:*

In der Schweiz wird einmal allgemein und später über Detailfragen abgestimmt (Übernahme des Arguments von Manfred Brandt); die Kosten für die Spiele sind jetzt noch nicht bekannt, daher gibt es keine Entscheidungsgrundlage; die genauen Planungen müssen vorliegen, um abstimmen zu können; zum jetzigen Zeitpunkt wird ein „Persilschein“ bzw. „Blankoscheck“ gefordert.

*Mögliche Argumente contra späterer Zeitpunkt/zweite Abstimmung:*

Es ist nicht akzeptabel, die hohen Kosten für die Bewerbung aufzuwenden, wenn später evtl. eine Entscheidung gegen Olympia getroffen wird; das IOC wird kaum einer Stadt den Zuschlag erteilen, in der noch ein Referendum über die Spiele aussteht – ein zweites Referendum ist mit dem Zeitplan des IOC nicht vereinbar; die Planungen sind zu komplex, als dass die Bürger über Details abstimmen könnten – daher kann es nur um die grundsätzliche Zustimmung oder Ablehnung gehen.

d) Manfred Brandt fordert in dem Interview, nicht nur nach der allgemeinen Zustimmung oder Ablehnung Olympischer Spiele zu fragen, sondern über Alternativen abstimmen zu lassen. Welche Vor- und welche Nachteile hätte es Ihres Erachtens, diesem Vorschlag zu folgen?

➔ *Mögliche Argumente:*

Es wäre möglich, der Bewerbung nur unter bestimmten Voraussetzungen zuzustimmen (zum Beispiel: Stadion auf dem Kleinen Grasbrook oder Zustimmung vorbehaltlich der Einhaltung eines bestimmten Kostenrahmens); Unübersichtlichkeit und großer Informationsaufwand für die Wahlberechtigten bei mehreren Alternativen; Schwierigkeiten, klare Abstimmungsfragen zu formulieren und ein klares Ergebnis zu erhalten; Eine Abstimmung über Alternativen könnte durchaus sinnvoll sein, wenn es um die Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten geht, aber nicht bei Grundsatzentscheidungen wie im Fall der Olympischen Spiele.

**3) Stellen Sie Ihre Argumente/Ergebnisse auf einem Plakat dar: Sollte es Änderungen am Referendum und/oder der Fragestellung geben? Falls ja: Welche? Begründen und erläutern Sie den von Ihnen bevorzugten Ablauf des Referendums.**

- ➔ Hier muss den Schülerinnen und Schülern auf jeden Fall die Möglichkeit gegeben sein, das Bürgerschafts-Referendum in seiner jetzigen Form und die vorliegende Formulierung der Abstimmungsfrage zu Olympia als beste Möglichkeit einzuordnen (und dies zu begründen). Keineswegs darf der Eindruck entstehen, die geltende Regelung sei unzureichend und es bedürfe zwingend einer Überarbeitung.

Die Vorstellung der Argumente mit Plakaten als Präsentationsmöglichkeit soll den Austausch und die Diskussion von Argumenten anregen. Zum Abschluss der Einheit sollten Präsentationen und Diskussion zusammengefasst und reflektiert werden.



### Checkliste

- Aufgabenblatt
- Texte 1-6 (Kopiervorlagen/Links im Material)
- Papier und Stifte für Plakat-Präsentation

Stadt! Macht! Schule! ist ein Projekt  
der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

## HAMBURGER STIFTUNG FÜR WIRTSCHAFTSETHIK

Stadt! Macht! Schule! wird gefördert  
von der Robert Bosch Stiftung

## Robert Bosch **Stiftung**

und der Stiftung Hamburger Wohnen



### ***Impressum und Kontakt***

#### **Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik**

Max-Brauer-Allee 22

22765 Hamburg

040.87 87 905 70

info@stadtmachtschule.de

www.stiftung-wirtschaftsethik.de

www.stadtmachtschule.de

Projektlogo: Justar.nl

Gestaltung: IconScreen.de

### ***Lizenzhinweis***

Dieses Unterrichtsmaterial ist erschienen unter einer  
Creative Commons Lizenz (Namensnennung -  
Nicht-Kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0)